

Chronik Ausland

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **13 (1957)**

Heft 9

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

versetzt worden, wo ihr die Bearbeitung der Probleme der berufstätigen Frauen anvertraut ist.

(BSF) Als Leiterin des neuen Instituts für Psychohygiene im Kindesalter in Zürich wurde Frl. Dr. med. Marie *Meyerhofer*, Spezialärztin FMH für Pädiatrie und Kinderpsychiatrie, Zürich gewählt.

(BSF) Mlle Elisabeth *Hoeter*, lic. ès lettres, Professorin am kantonalen Gymnasium in Neuchâtel, ist zur Präsidentin der Fédération européenne des clubs soroptimistes ernannt worden und wird von 1958 an dieses Amt versehen.

CHRONIK Ausland

Eine Pionierin der Wissenschaft und der Frauenbewegung

(BSF) In Stockholm starb im Alter von 85 Jahren Frau Naima *Sahlboom*. Sie war eine der ersten Frauen mit wissenschaftlicher Ausbildung, wobei sie das Studium der Chemie wählte. 1907 arbeitete sie in Basel mit den Professoren Schmidt und Fichter und erwarb den Dokortitel an der Universität Neuenburg. Neben ihrer wissenschaftlichen Arbeit war sie tätiges Mitglied der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, die sie 1915 im Haag gründen half.

In Hamburg leitet eine Frau die sozialen Dienste der Stadt

(BSF) Die Stadt Hamburg hat Frau Dr. iur. Käthe *Petersen* zur Leiterin ihres Sozialdienstes ernannt. Zum erstenmal tritt eine Frau an diesen Posten. Sie war seit 1932 Mitarbeiterin im Amt, das sie von nun an leiten soll.

Kanadas neuer Aussenminister: eine Frau

(BSF) Mrs. Ellan *Fairclough* aus Hamilton wird für die kommende Amtsperiode in Kanada das Innenministerium übernehmen. Bevor sie 1950 als Abgeordnete ins Parlament einzog, leitete sie ein Rechnungsprüfungsbüro.

Zwei Aegypterinnen im Parlament

(BSF) Zum erstenmal in der Geschichte Aegyptens wurden zwei Frauen in das Parlament gewählt. Rawya *Attia*, Juristin aus Cairo, erhielt 11 000 Stimmen gegen 5 000 von Ahmed Fuad, Regierungskandidat. Die andere Gewählte ist Amina *Shukri* aus Alexandrien.

Vier Auszeichnungen an deutsche Frauen

(BSF) Die wissenschaftliche Leiterin des Berliner Zoo, Frau Kath. *Heinroth*, hat zur Ehrung ihrer Tätigkeit das Verdienstkreuz 1. Klasse erhalten. Den Frauen Gertrud *Keller*, Direktorin der Gewerbeschule von Euskirchen, Maria *Langesberger*, Hebamme in Niederense und Margarete *Pillet*, Bibliothekarin in Detmold, wurde das Band des Verdienstkreuzes verliehen.

Bei den Frauen von Singapur

(BSF) Die Aerztinnen, Advokatinnen, Juristinnen, Lehrerinnen und Krankenpflegerinnen dieser Stadt haben sich zur Wahrung ihrer Inte-

ressen zusammengeschlossen. Die „Vereinigung der berufstätigen Frauen von Singapur“ beschloss an ihrer ersten Versammlung, sich für die Gleichberechtigung mit den Männern einzusetzen und eine dauernde Beschäftigung im Regierungsdienst zu verlangen.

Lehrerinnen in Amerika

(BSF) Nach einer neueren Statistik sind 88 % der Primarlehrerschaft in den Vereinigten Staaten Frauen; in den Mittelschulen beträgt der Prozentsatz 55 %.

Noch ein schweizerisches „Malaise“?

Nein, wir denken nicht an das Malaise in der welschen Schweiz, auch nicht an das Unbehagen, das beim Empfang der Moskafahrer in Zürich entstand, auch nicht an politische oder wirtschaftliche Störungen, die durch die wachsende Zentralisation hervorgerufen werden. Wir denken an das Malaise, das Bundespräsident Streuli in seiner Rede zum 1. August erwähnt hat: *die Nicht-Anerkennung der politischen Rechte der Schweizerfrau.*

Schon lange litt unter diesem unangenehmen Gefühl wer Augen hat, zu sehen, Ohren, zu hören und Verstand, um zu verstehen. Es wird störend empfunden in den internationalen Beziehungen und wirkt besonders erschwerend im eigenen Land, wo das tägliche, öffentliche und private Leben uns die Sackgasse zeigt, in der wir uns befinden, indem wir den Frauen seit vierzig Jahren die Anerkennung der zivilen Rechte verweigern. Dieses Malaise kam sehr lebhaft im vergangenen Winter zum Ausdruck, als über den Verfassungsartikel betreffend Zivilschutz und Obligatorium der Frauen abgestimmt werden sollte. Die improvisierten Frauen-Abstimmungen in mehreren Walliser Gemeinden, in einer Gemeinde von Baselland und in Lugano haben die Schwäche unserer Demokratie gezeigt, wo die Hälfte des Volkes nicht befragt wird, Steuern zahlt ohne über Finanzordnung und Ausgaben abzustimmen, Gesetzen unterstellt ist, die sie weder vorbereitet noch gutgeheissen hat und wo ihr keine öffentlichen Aemter zugänglich sind.

Die separatistische Bewegung im Jura wird dieses Malaise noch verstärken. Die kürzlich lancierte Initiative verlangt eine Volksbefragung im Jura. Die Frauen können sie nicht unterschreiben; wenn sie gelingt, werden die Frauen nicht mit befragt; wenn die Berner Stimmbürger die Initiative annehmen, können die Frauen sich nicht zu der für das ganze Land wichtigen Frage der Separation äussern, die auch sie angeht. Und dabei hat sich der Jura in der kantonalen Abstimmung über das Frauenstimmrecht in Gemeindeangelegenheiten vom 3. März 1956 mehrheitlich dafür ausgesprochen. — Es scheint schon so, als ob die Schweizer Bürger nicht reif seien für das Frauenstimmrecht, und solange sie dies nicht verstehen, wird das Malaise nicht nur bestehen bleiben, sondern noch ständig zunehmen.

FS